

Fuldaer Zeitung

Donnerstag, 25. Juni 2015

GASTKOMMENTAR

Für die USA bleiben Krisen außerhalb Europas im Fokus

Der Krieg im Osten der Ukraine und die damit einhergehende Eiszeit im Verhältnis zwischen den Nato-Staaten und Russland wirft ein neues Licht auf die verteidigungspolitische Rolle der USA in Europa. Dabei genügt es aber nicht, den Blick nur auf aktuelle Entscheidungen wie beispielsweise die Lagerung schwerer amerikanischer Waffen in den östlichen Bündnisstaaten zu richten. Die US-Verteidigungspolitik zeichnet sich vielmehr durch drei längerfristige Trends aus, die ebenfalls Auswirkungen auf das transatlantische Verhältnis haben werden.

Erstens sind die innenpolitischen Rahmenbedingungen für das globale Handeln der USA zwar schwieriger geworden, sind aber dennoch kein prägender Faktor der amerikanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Obwohl das US-Militär seit 2010 schmerzhaft finanzielle Einschnitte hinnehmen musste, verharrt der Verteidigungsetat auf historisch hohem Niveau. Auch die oft angesprochene „Kriegsmüdigkeit“ in der amerikanischen Öffentlichkeit darf nicht überbewertet werden: Die Bevölkerung unterstützt eine stärkere Besinnung auf die wirtschaftlichen Probleme zu Hause. Laut Umfragen erwarten die Amerikaner aber trotzdem eine Führungsrolle ihres Landes bei der Bewältigung globaler Krisen, wenn nötig auch mit militärischen Mitteln.

Zweitens zeichnete sich die Sicherheitspolitik von US-Präsident Obama seit Beginn seiner Amtszeit durch Zurückhaltung aus, wenn es um Auslandseinsätze der Streitkräfte ging. Stattdessen bevorzugte Obama ei-

MARCO OVERHAUS

beleuchtet die grundsätzliche strategische Ausrichtung der amerikanischen Verteidigungspolitik.



Der Autor (38) ist Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Amerika der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Der Text eine Zusammenfassung der jüngst erschienenen SWP-Studie „Die Verteidigungspolitik der USA“.

nen „leichten Fußabdruck“. Im Zusammenhang mit den Krisen in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten stützten sich die USA verstärkt auf den begrenzten Einsatz von Spezialkräften, die häufig durch Schläge oder Aufklärungsaktivitäten aus der Luft unterstützt wurden. Teil des „leichten Fußabdrucks“ ist darüber hinaus der Aufbau von Kapazitäten verbündeter lokaler Kräfte, durch den die Notwendigkeit eines direkten Eingreifens der USA minimiert werden soll. Die aktuelle Zuspitzung der Krisen in Libyen, Syrien, Irak, Jemen und andernorts zeigt immer deutlicher die Grenzen auf, die dem Ansatz des „leichten Fußabdrucks“ gesetzt sind. So sieht sich Obama angesichts des Vormarschs des sogenannten Islamischen Staates (IS) im Irak dazu gezwungen, gegen seinen ursprünglichen Willen immer mehr Militärberater in das Land zu entsenden.

Drittens verändern die USA auch ihre längerfristige verteidigungspolitische Programmatik. Das Pentagon plant nicht mehr in erster Linie für militärische Aufstandsbekämpfung wie in Afghanistan oder klassische Landkriege wie gegen den Irak 1991. Heute sehen die US-Militärs die Hauptbedrohung vor allem in der Verbreitung militärisch relevanter Technologien – von Cyberwaffen bis hin zu immer treffsichereren Raketen – in die Hände potenzieller Gegenspieler. Dabei richtet sich der Blick eher auf China oder den Iran als auf Russland. Die USA werden heute in erster Linie von der Sorge angetrieben, durch diese technologischen Entwicklungen den Zugang zu den globalen Operationsräumen – dazu zählen maritime Handelsrouten sowie der Cyber- und Weltraum – zu verlieren.

Die drei genannten Trends in der US-Verteidigungspolitik sind auch für Deutschland und die Nato relevant. Die Ukraine-Krise hat dazu beigetragen, dass die transatlantische Zusammenarbeit im Kontext kollektiver Bündnisverteidigung intensiviert wurde. Für die USA bleiben die Entwicklungen im Osten Europas allerdings nur eine – und vermutlich nicht die dringlichste – von zahlreichen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Das bedeutet auch, dass sich die Debatte um Lastenteilung innerhalb der Nato in Zukunft nicht nur um Europa drehen wird. Globales Krisenmanagement bleibt sowohl in Brüssel als auch in Washington weit oben auf der Agenda.